

Zeitschrift: Der Fourier : officielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 61 (1988)

Heft: 8

Artikel: Sicherheitspolitik : vom 'freien Gang aus der Festung'

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-519378>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitik

Vom «freien Gang aus der Festung»

So lautet eines der typischen Schlagworte, mit denen die GSoA, die «Gruppe Schweiz ohne Armee», für ihre Armee-Abschaffungsinitiative wirbt. Dass eine Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» überhaupt zustande gekommen ist, hat damals, 1985, viele Leute überrascht, ja schockiert. Das muss eigentlich erstaunen: Ist doch der Pazifismus in der Schweiz fast so alt wie unser Bundesstaat und das Volk auch schon für andere ausgefallene Abstimmungsthemen an die Urnen gerufen worden. Es darf aber als Beweis tief verwurzelter Demokratie gelten, dass gelegentlich über existenzielle Fragen befunden und nach einem Grundkonsens gefragt werden kann.

Pazifismus in der Schweiz

Unter internationalem Einfluss kam es bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu Antikriegsbewegungen. Zum Teil waren sie religiös-chiliastischer, zum Teil sozialistisch-klassenkämpferischer Prägung. Vor allem vor und während des Ersten Weltkrieges erstarkte die Strömung unter den verheerenden Eindrücken der kriegerischen Geschehnisse, aber auch als Reaktion auf soziale Mißstände und mündete in die Staatskrise des Generalstreiks von 1918. Noch bis in die dreissiger Jahre hinein war vor allem die politische Linke Trägerin eines militanten Antimilitarismus. Namen wie Guillaume, Greulich, Ragaz und Humbert-Droz sind noch in Erinnerung. Bereits in diesen Zeiten wurden Abschaffungsinitiativen erörtert.

Ab 1933 führte dann die unmittelbare faschistisch-nationalsozialistische Bedrohung zum Umschwung. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erfolgte das Bekenntnis der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Landesverteidigung. Der auch heute noch gelegentlich gehörte Ausspruch: «Die Schweiz hat nicht nur eine Armee, sie ist eine Armee» stammt, etwas modifiziert, von der SPS-Führung; diese gab ihn 1939 als Parole heraus: «Volk und Armee sind ein und dasselbe».

Seit dem Zweiten Weltkrieg beschränkte sich der Schweizer Pazifismus vornehmlich darauf, gegenüber konkreten militärpolitischen Sachfragen in Opposition zu gehen oder entsprechende Initiativen zu ergreifen, so etwa die Anti-Atomwaffeninitiativen oder die Begehren um Einführung eines zivilen Ersatzdienstes. Erst mit der 68er Bewegung fasste bei den Jungsozialisten der Gedanke der Armeeabschaffung erneut Fuss. Derweil stellt die Friedensbewe-

gung in der Schweiz ein Konglomerat verschiedenartigster idealistisch motivierter, aber auch politisch fundamentaler Gruppierungen dar. Ihre Zielvorstellungen richten sich vornehmlich gegen die militärische Rüstung im allgemeinen, bleiben aber politisch verschwommen und realitätsfremd.

Historisch gesehen stellt die Abschaffungsinitiative einen Höhe- und Schlusspunkt in der Entwicklung des schweizerischen Pazifismus dar. International lässt sie sich als helvetisches Phänomen in einer Reihe alternativer Sicherheitsmodelle orten.

Der sicherheitspolitische Kontext

Die nukleare Strategie ist schwer zu verstehen und zu verarbeiten. Da die Vernichtungsdrohung die ganze Gesellschaft betrifft und nicht nur den Soldaten an der Front, erzeugt sie bei vielen Menschen ein Sinn- und Nutzlosigkeitsgefühl gegenüber jeglicher Art von bewaffneter Landesverteidigung. Sie erzeugt einen Lähmungseffekt. Seit dem Bestehen der MAD (mutual assured destruction), dem «atomaren Patt», dem «Gleichgewicht des Schreckens», ist das sicherheitsphilosophische Denken auf der Suche nach alternativen, besseren Möglichkeiten der Friedenssicherung.

Vorstellungen wie «atomwaffenfreie Zonen», «sicherheitspolitische Partnerschaft», «Neutralismus in Mitteleuropa» (gemeint ist eine Wiedervereinigung der beiden Deutschland), «militärische Defensiv-Doktrin», «soziale Verteidigung» gehen alle davon aus, dass die Intensität der Bedrohung abgebaut, der Verteidigungsgedanke an sich aber gewahrt werden sollte.

Einen anderen Weg schlagen die «Unilateralisten» vor. Sie postulieren die einseitige Abrü-

stung, die völlige Entwaffnung, den Verzicht auf Gegenwehr im Falle von Erpressung oder bewaffneter Aggression. Sie akzeptieren einzig gewaltfreie Formen der Lösung internationaler Konflikte. Zu dieser «Denkschule» gehört die GSoA.

«Was nützt eine Schweiz mit Armee gegen einen Atomschlag?»

Solche Fragen und weitere Slogans aus dem Repertoire der GSoA mögen ihre Denkweise und Argumentation deutlich machen. «Befreiung von den Fesseln des Militarismus», «Loslösen vom patriotischen Heldenmythos», «für die Armee gibt es nur sentimentale, emotionale und mythologische Argumente», «Abschaffung eines tief in Machoherzen und Technokratenhirnen verwurzelten Männerbundes». Die Reihe liesse sich fortsetzen. Allen diesen Äusserungen ist gemeinsam, dass sie gar nicht sicherheits- beziehungsweise verteidigungspolitischer Natur sind. Sie entspringen im Gegenteil einem stark subjektiven Empfinden: Es sind militärisches Wesen und Formen, kämpferischer Geist, Sinn für patriotische Tradition und Symbolik, nationales Selbstbewusstsein, kurz, alles das, was als Wehrwille verstanden wird, die vehement abgelehnt werden.

Eine andere Stossrichtung ist gesellschaftspolitischer Natur: «Das Militär ist das Instrument gesellschaftlicher Machtausübung», «sie, (die Armee) ist die Leibgarde des Bürgertums. Sie hat in diesem Jahrhundert nur zweimal geschossen: 1918, 1932 und beidemal gegen Arbeiter» (Max Frisch). Auch diese Argumente sagen über die Funktion der Landesverteidigung wenig aus. Aber sie perpetuieren Klassenkampfdenken in die heutige Zeit hinein.

Den Kern der Sache treffen die folgenden Aussagen schon eher: «Die Schweizer Armee hat keinen Sinn mehr; sie kann einen Atomkrieg weder verhindern, noch kann sie uns davor bewahren». «Auch bei einem konventionellen Krieg bezahlt heute aber mit Sicherheit zuerst einmal die Zivilbevölkerung den „Eintrittspreis“». Man könne sich einen konventionellen Krieg in Europa zwar vorstellen; aber «da wird doch vorher noch auf den Knopf gedrückt. Und dann brauchen wir nicht mehr zwischen echten Patrioten und nützlichen Idioten zu unterscheiden» (K. Hutterli). «Jeder Krieg in Europa beginnt und weitert sich sofort zu einem Blockkrieg West/Ost und somit zu einem Atomkrieg

aus». Hypnotisiert von den Nuklearwaffen folgen die Armeegegner der Zwangsvorstellung, dass im Konfliktfall ein Atomkrieg unausweichlich sei und dass damit unsere Verteidigungs- und Schutzvorkehrungen a priori nutzlos würden.

Demgegenüber müsse ein «neutraler Kleinstaat sich etwas anderes einfallen lassen, als Totschlag zu üben, um sich selber totschlagen zu lassen». Es gelte die schweizerische «Igelneurose» zu überwinden und mehr «Weltoffenheit und praktische Solidarität» zu beweisen. «Die Kleinen müssen mit der Abrüstung beginnen – das macht nachdenklich» und «Lebensbejahung erfolgt mit Hilfe der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, der Umweltbewegung».

Was das vermehrte aussen- und friedenspolitische Engagement betrifft, so wird auch auf das sicherheitspolitische Konzept der SPS aus dem Jahre 1972 zurückgegriffen: «Wer den Frieden will, muss für ihn kämpfen». Offenbar hat die jahrzehntelange Führung der schweizerischen Aussenpolitik durch sozialdemokratische Aussenminister für die jungsozialistischen Initianten nicht jenen Erfolg gebracht, den man sich nun durch den Ballastabwurf erhofft.

Die «geistigen Väter» der Initiative

Als solche werden die Schriftsteller Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt bezeichnet. Diese akzeptieren die Vaterschaft und identifizieren sich mit der GSoA, letzterer mehr, der erste mit etwas Zurückhaltung.

Vom (betuchten) Sozialisten Frisch weiss man, dass er seit seiner eigenen Militärdienstzeit «an der Armee leidet». Seine Vorbehalte betreffen aber nicht ihre Kampfkraft und ihren strategischen Wert («Ihre Tauglichkeit für den Ernstfall kann ich kaum beurteilen»). Für ihn ist es «nicht eine Armee des Volkes . . . aber es ist eine Armee des Bürgertums». Die Abschaffungsinitiative werde zwar scheitern, aber die Armee müsse «sich gefallen lassen, dass sie diskutiert wird». «Nicht alles, was wir ihr vorwerfen, ist vielleicht stichhaltig; aber sie können nicht einfach mit Einschüchterung und Propaganda, die jetzt ja ganz gross anläuft, alles machen . . . Da wächst eine wohlgerüstete Lüge heran». Schon bei diesen kurzen Sätzen wird deutlich, dass es sich bei Frisch um ein psychologisches Problem handelt. Antipathie und Frustration am Anfang («Blätter aus dem Brotsack») nur in Andeutun-

gen wahrnehmbar, haben sich im Lauf der Jahre zum altersstarren Dogma eines anachronistischen politischen Weltbildes verfestigt.

Anders der Dichter Dürrenmatt: Er gehe «bei aller Kritik immer vom Logischen aus». «Wenn man die Schweizer Armee logisch durchdenkt, ... kommt man unweigerlich zum Schluss: Nein, es braucht sie nicht.» Die Abschaffung der Armee wäre für ihn «ein ungeheuerer Akt der Vernunft». In diesem Zusammenhang zitiert er, Dürrenmatt, gerne das Beispiel Dänemark: Die hätten sich nicht gewehrt im Zweiten Weltkrieg. Bei Kleinstaaten komme es auf den inneren Widerstand an. Sie hätten die Eigenschaft, untertauchen und immer wieder auftauchen zu können.

Da ist es nicht weit her mit Dürrenmatts Gedächtnis und Logik. Die baltischen Staaten sind auch untergetaucht – leider aber nicht wieder an der Oberfläche erschienen. Ob es «Balten» überhaupt noch gibt? Das Beispiel Dänemark ist denkbar oberflächlich und berücksichtigt die strategischen Zusammenhänge nicht: Für das Reich war Dänemark während des Krieges eine wichtige Versorgungsbasis und verfügte überdies über ein leistungsfähiges Küstentransportsystem. Daher musste man seine Arbeitskraft schonen. Den Blutzoll der Befreiung zahlten andere. Die Schweiz dagegen wäre nach einer Okkupation wegen ihres hochentwickelten und für die deutsche Kriegsführung willkommenen Industriepotentials unter den Bombenhagel der Alliierten gekommen.

Wenn Literaten Strategie betreiben, wird's gefährlich; denn sie sind wenig kompetent, zu gefühlsbetont und überschätzen sich.

Anlass zu Selbstkritik?

Volksinitiativen haben den Vorteil, dass sie erzieherisch wirken. Sie geben Anlass zum Überdenken der bestehenden Institutionen. Wie ist es möglich, dass die vorliegende Volksinitiative ohne fundierten sicherheitspolitischen und strategischen Gehalt, fast ausschliesslich auf emotionale, ideologische und antipathische Empfindungen abgestützt, zustande kommen konnte? Wurden Fehler begangen, sind Schwachstellen vorhanden? So wird der Armeeleitung vorgeworfen, sie habe die 1972 erarbeiteten Reformvorschläge nicht ernst genommen und sabotiert. Das stimmt nicht. Das EMD hat eingehend über den weitgehenden Vollzug der «Oswald-Reformen» Rechenschaft abgelegt.

Dennoch bestehen Schwachstellen, kommen Dinge vor, die geeignet sind, vor allem sensiblere Naturen zu belasten, zu enttäuschen, ja bisweilen zu demütigen. In den Rekruten- und Auszugseinheiten passieren zu oft Führungsfehler. Dieses Phänomen ist dem Milizsystem leider immanent: Erst bei zunehmender Reife und Diensterfahrung verschwinden Fehler im Führungsverhalten der Chefs. Das zu schwach ausgebildete Instruktionskorps ist seinerseits zu wenig in der Lage, in den Rekrutenschulen jene positiv-motivatorischen Impulse zu vermitteln, die erwünscht wären.

Die kurzen Dienstperioden werden angesichts der Fülle des zu bewältigenden Stoffes überladen. Das erzeugt Hektik und psychologischen Druck auf Kader und Mannschaft. Streßsituationen sind zwar für das Erreichen der Kriegstüchtigkeit notwendig. Doch stellt sich die Frage, ob eine Armee mit leistungsfähigerem Lehrkörper, etwas längerer Grundausbildungszeit und sichereren Kadern bei gleichbleibender hoher Leistungsforderung nicht ein entspannteres, weniger frustrierendes Wehrklima erzeugen würde.

Würdigung der Initiative

Für viele Sympathisanten ist die Schweizer Armee zweifellos ein Störfaktor in ihrem persönlichen Wohlbefinden, und sie trägt zur Trübung idealistisch-utopistischer Weltbilder bei. Für die Initianten selber kommt wohl noch die Erkenntnis hinzu, dass die Armee einen Kristallisierungspunkt schweizerischen Staatsbewusstseins darstellt. Sie muss aus dem Wege geräumt werden, will man das heutige System des «Spätkapitalismus» überwinden.

Die umfangreiche Argumentation der GSoA ist durch drei taktische Methoden charakterisiert:

Erstens: *Die Methode der Destruktivität*. Es werden der Armee Sinn- und Nutzlosigkeit, Menschenfeindlichkeit, überlebte Mythologie, Tabuisierung überholter Wertvorstellungen, schikanöse Mentalität und viele andere schlechte Eigenschaften angelastet. Dass dabei die Angst vor der Atomwaffe ständig ins Spiel gebracht wird, ist ein wichtiges Moment. Wortwahl und Formulierungen sind meist agitatorisch, polemisch und verunglimpfend. Oft ist es die Sprache der Subkulturen. Aber die Tatsache, dass sich auch eine zahlreiche Prominenz aus dem literarischen Bereich zustimmend vernehmen lässt, hält das abstossende Erscheinungs-

bild der Abschaffungsargumentation in Grenzen und erzeugt eine schillernde publizistische Wirkung.

Zweitens: *Das Wecken von Illusionen*. Der zweite Teil der Initiative postuliert ja vermehrte Friedensaktivität. Das gute Beispiel soll zünden. Da Armee und auch Zivilschutz nichts nützten, sei das Risiko auch ohne sie nicht grösser. Dagegen wird kräftig an den missionarischen Trieb im Menschen gerührt. Dabei bleibt man im Verschwommen-Deklaratorischen («Schweizer Grünhelme bauen Dämme in Bangladesh», R. Brodmann). Die tatsächlichen Anstrengungen und Leistungen unserer Diplomatie, zum Beispiel auf dem Gebiet der «Guten Dienste» oder im KSZE-Prozess, werden nicht zur Kenntnis genommen.

Drittens: *Die Methode des Verschweigens*. Man gibt sich so, wie wenn es keine schweizerische Sicherheitspolitik und keine klaren konzeptionellen Vorstellungen und Instrumente (ausser der Armee) zu ihrer Verwirklichung gäbe. Eine fundierte, ehrliche, sachbezogene Auseinandersetzung mit dem bestehenden System der Gesamtverteidigung findet nicht statt. Dabei geniesst gerade unsere «Drei-Kreise-Konzeption» international, sogar bei angesehenen Konfliktforschern, hohes Ansehen. (Äusserer Kreis: Friedenssicherung und Konfliktlösung mit Mitteln der Diplomatie; mittlerer Kreis: Dissuasion, das heisst Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft, Demonstration des «hohen Eintrittspreises»; innerster Kreis: Die ultima ratio als Kampf mit dem Ziel, ein Maximum an Gebiet und Einwohnern zu erhalten). Die Initianten und ihre geistigen Väter übersehen aber auch, dass die Militärpotentiale der europäischen Neutralen und Nonalignierten – zusammengenommen – eine ganz erhebliche Streitmacht, eine dritte Kraft in Europa, darstellen. Mit dieser wird eine wichtige Funktion wahrgenommen: Die Verhinderung der Bildung strategischer Vakua. Das trägt wesentlich zur Stabilität auf unserem Kontinent bei und stellt eine bemerkenswerte sicherheitspolitische Leistung dar.

Nicht genug mit dieser strategischen Ignoranz der Initianten. Auch das Funktionieren der Abhalte- beziehungsweise Abschreckungsstrategie ist nicht begriffen. Immer wieder wird unterstellt, die Nato werde im Falle eines bewaffneten Konfliktes den Krieg (nach kurzer

konventioneller Einleitung) atomar führen, was sich dann zwangsläufig zum all-out-war steigern müsse. Wahre Absicht ist dagegen, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, wenigstens aber – sollte dies nicht gelingen – ihn mit Hilfe nuklearer Warnsignale so rasch als möglich zu beenden. Gerade die Ungewissheit, die beim möglichen Aggressor durch die Skala nuklearer Optionen seitens des Angegriffenen erzeugt wird, macht den Verlauf und Erfolg der Aggression unkalkulierbar und schafft unannehbare Risiken.

Der Weg zum «besseren» Frieden führt nicht über den leichtfertigen und voreiligen Abbau der Instrumente der Notwehr, sondern über geduldiges, schrittweises Erdauern von gleichzeitiger, ausgewogener Rüstungsreduktion in Verbindung mit zuverlässiger Kontrolle. Wachsamer Realismus auch beim Kleinstaat ist ein besserer Sicherheitsgarant als wirklichkeitsfremde Überschwänglichkeit.

Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär

Sie lesen im nächsten «Der Fourier»

Zwei Fachartikel, einer zum Thema «Die Truppenunterkunft in der Gemeinde – 900 Vereinbarungen mit den Gemeinden» und der andere «OPTIMA – Verpflegung = Optimierung der Verpflegung», bilden den Hauptteil unserer nächsten Ausgabe. Noch viele weitere Artikel, die unsere Leser interessieren könnten, werden die September-Nummer bereichern.

Die Publikation des angekündigten Artikels über «Die Versorgung der belgischen Armee» hat eine Verzögerung erfahren, weil verschiedene Amtsstellen diesen Beitrag noch prüfen müssen. Der Artikel wird deshalb erst zu einem späteren Zeitpunkt erscheinen.